

# Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag der  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Dezember 2023

The logo for INSA CONSULERE features the word "INSA" in a large, bold, red sans-serif font, with the word "CONSULERE" in a smaller, bold, blue sans-serif font directly below it. To the left of the text is a vertical blue bar. The logo is positioned on the left side of a horizontal bar that is split into a red top half and a blue bottom half.

**INSA**  
**CONSULERE**

**Feldzeit:**

01.12. – 04.12.2023

**Methodik:**

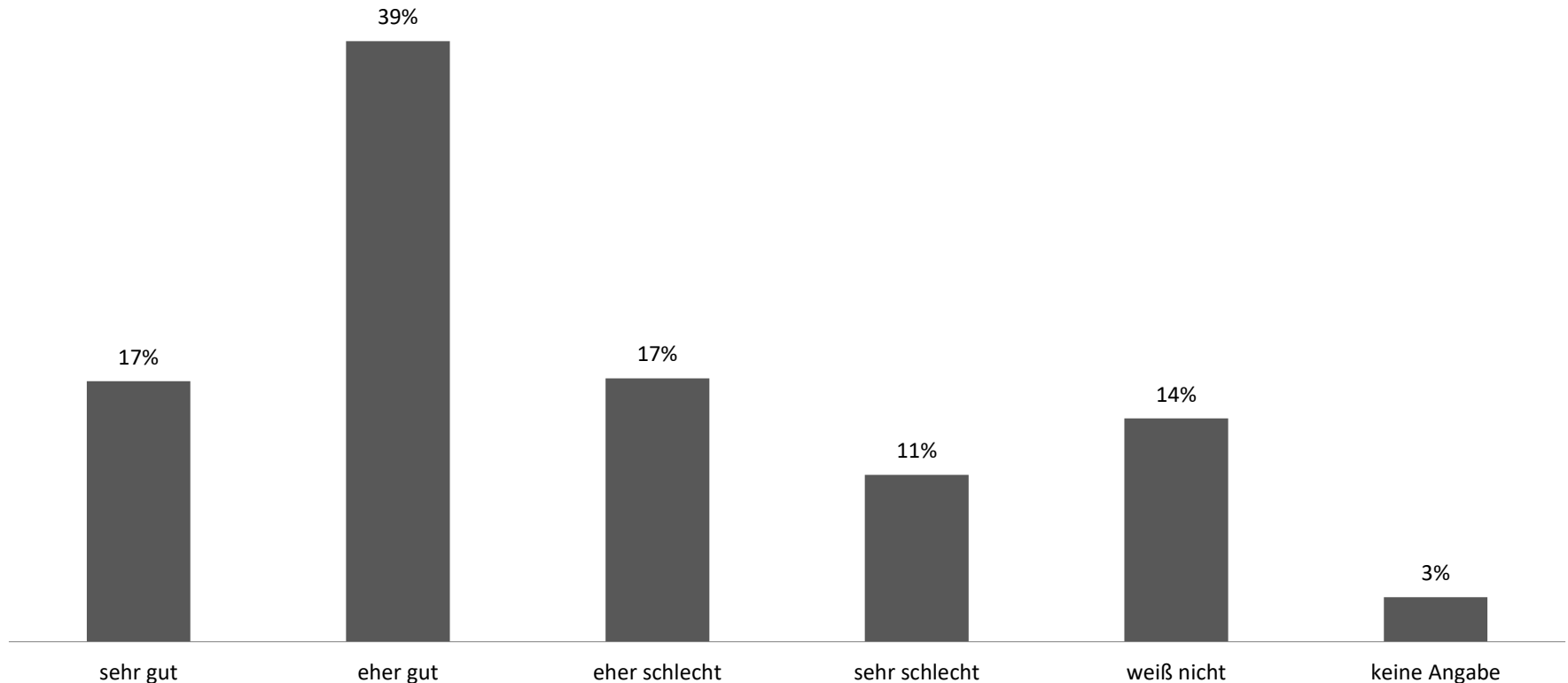
Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung *INSA-Perpetua Demoscopia*.

**Stichprobe:**

2.006 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Die Schuldenbremse des Grundgesetzes erlaubt grundsätzlich nur geringe Neuverschuldungen, in Notlagen aber auch größere Schulden.

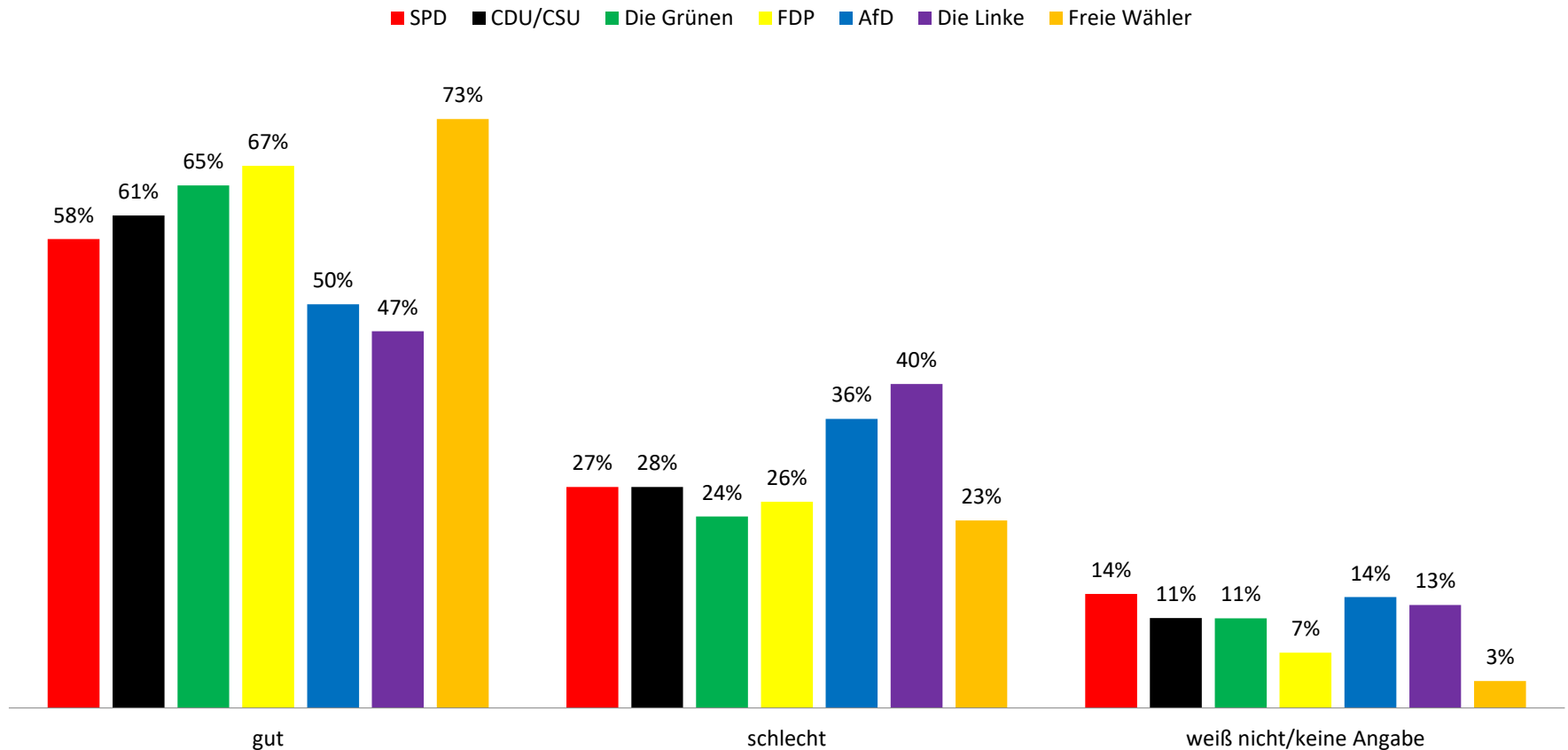
### Alles in allem: Wie bewerten Sie diese Regelung?



Die relative Mehrheit von 39 Prozent findet die Regelung der Schuldenbremse eher gut und weitere 17 Prozent sogar sehr gut. Dies ist insgesamt eine absolute Mehrheit von 56 Prozent (kumuliert). 17 Prozent finden die Schuldenbremse hingegen eher und weitere elf Prozent sogar sehr schlecht (28 %, kumuliert). 14 Prozent wissen es nicht und weitere drei Prozent wollen dazu keine Auskunft tätigen.

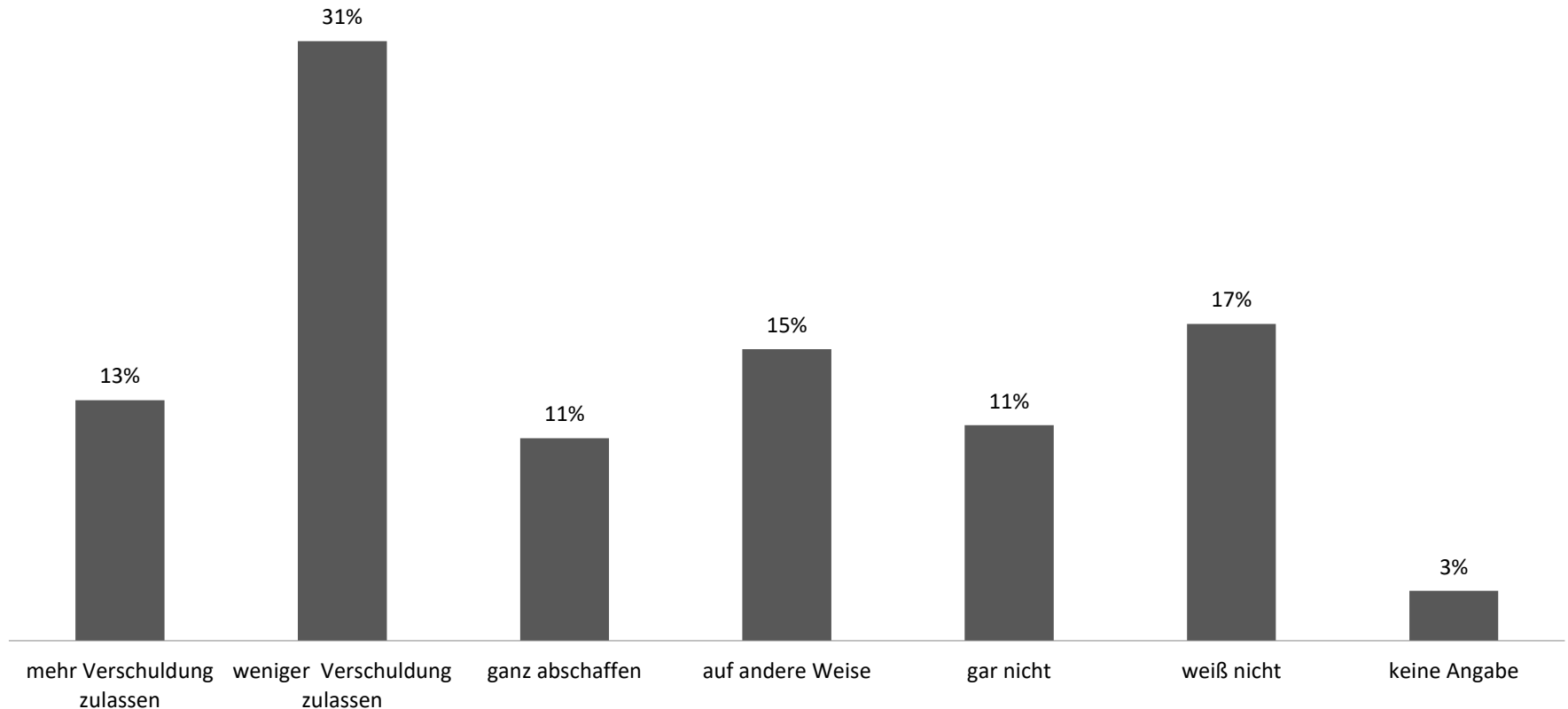
Die Schuldenbremse des Grundgesetzes erlaubt grundsätzlich nur geringe Neuverschuldungen, in Notlagen aber auch größere Schulden.

## Alles in allem: Wie bewerten Sie diese Regelung?



Insgesamt empfinden alle Wählergruppen die Schuldenbremse im Grundgesetz jeweils mehrheitlich als gut, wobei dieser Anteil bei Wählern der Linkspartei und der AfD jeweils (deutlich) geringer ausfällt als bei den restlichen Wählergruppen (47 bzw. 50 zu 58 – 73 %). Entsprechend halten diese beiden Wählergruppen die Schuldenbremse jeweils häufiger für schlecht (40 bzw. 36 zu 23 – 28 %).

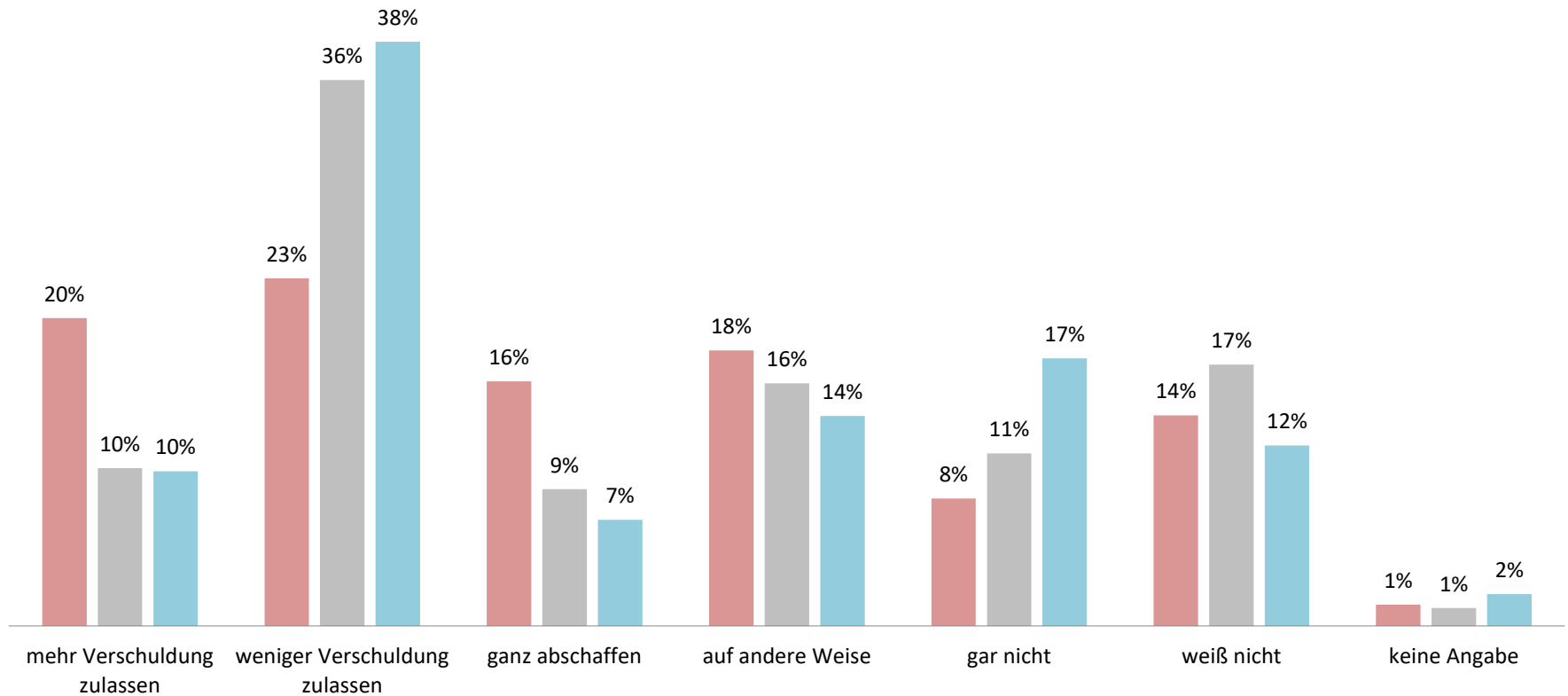
# Sollte die Schuldenbremse Ihrer Meinung nach verändert werden und wenn ja, wie?



Lediglich elf Prozent der Umfrageteilnehmer wünschen sich keine Veränderung der Schuldenbremse. Die häufigste Veränderung, welche sich die Teilnehmer der Umfrage wünschen, ist eine Verschärfung der Schuldenbremse: 31 Prozent wünschen sich dies. 13 Prozent fordern hingegen, dass die Schuldenbremse eine größere Verschuldung zulässt, und weitere elf Prozent, dass sie ganz abgeschafft wird. 15 Prozent fordern eine anderweitige Änderung der Schuldenbremse. Mit 17 Prozent geben allerdings auch einige Befragte an, dass sie zur Gestaltung der Schuldenbremse keine Positionierung nennen können. Weitere drei Prozent wollen diese nicht kundtun.

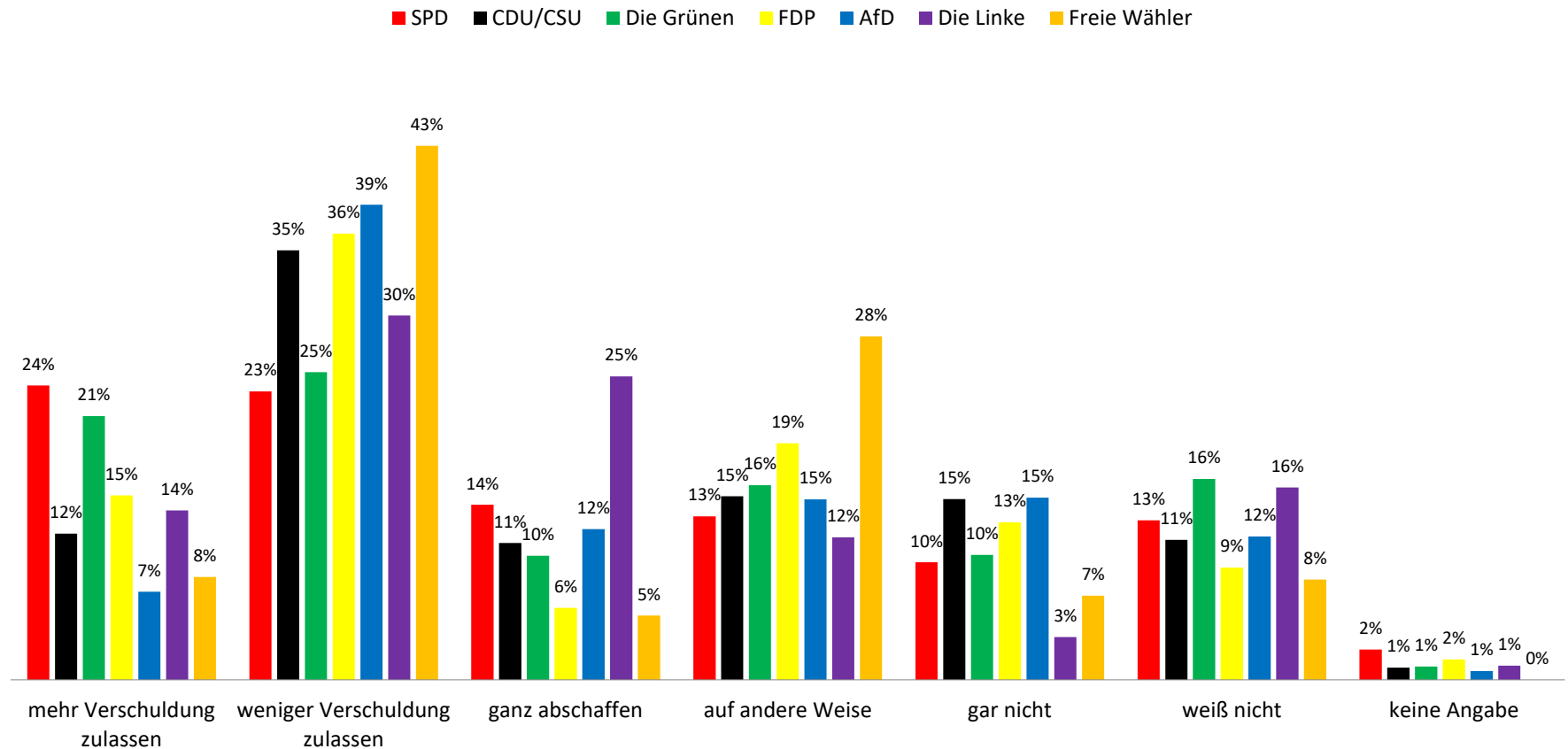
# Sollte die Schuldenbremse Ihrer Meinung nach verändert werden und wenn ja, wie?

■ links der Mitte ■ Mitte ■ rechts der Mitte



Aufgeschlüsselt nach politischer Verortung der Umfrageteilnehmer zeigt sich, dass sich linksorientierte Befragte zwar deutlich am seltensten, aber immerhin noch knapp relativ-mehrheitlich eine Verschärfung der Schuldenbremse wünschen (23 zu 36 bzw. 38 %). Weiter zeigt sich, dass sich diese deutlich häufiger eine Abmilderung wünschen (20 zu je 10 %), aber auch häufiger eine gänzliche Abschaffung fordern (16 zu 9 bzw. 7 %). Rechtsorientierte wünschen sich dagegen keinerlei Veränderung der Schuldenbremse öfter (17 zu 8 bzw. 11 %).

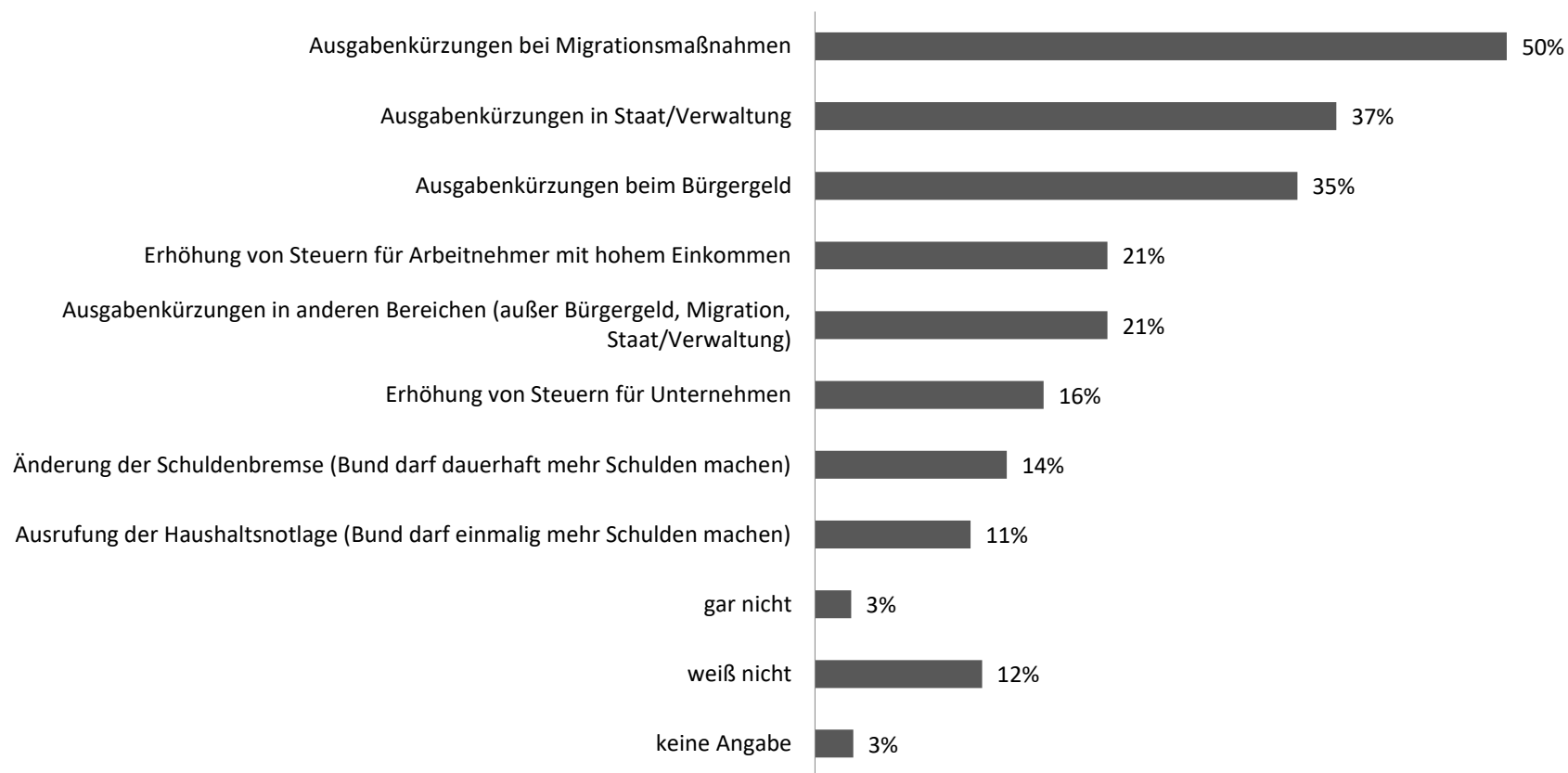
# Sollte die Schuldenbremse Ihrer Meinung nach verändert werden und wenn ja, wie?



Einzig Wähler der SPD sind insgesamt gespalten darin, ob sie sich eine größere (24 %) oder geringere (23 %) maximale Verschuldung wünschen würden. Letzteres überwiegt hingegen bei allen anderen Wählergruppen jeweils relativ-mehrheitlich, wobei dieser Anteil bei Wählern der Grünen und der Linkspartei (deutlich) geringer ausfällt (25 bzw. 30 zu 35 – 43 %). Weiter fällt auf, dass sich letztere deutlich häufiger eine komplette Abschaffung der Schuldenbremse wünschen (25 zu 5 – 14 %) und Wähler der Freien Wähler eine andere Reform der Schuldenbremse (28 zu 12 – 19 %).

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds stehen sogenannte Schattenhaushalte vermehrt in der Kritik. Bei Schattenhaushalten oder Sondervermögen werden Mittel aus dem Bundeshaushalt in andere Nebenhaushalte verschoben, um Maßnahmen über mehrere Jahre zu finanzieren, ohne dass diese in der für die Schuldenbremse relevanten Neuverschuldung auftauchen.

**Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach den Haushalt finanzieren ohne auf solche Schattenhaushalte zurückzugreifen?**

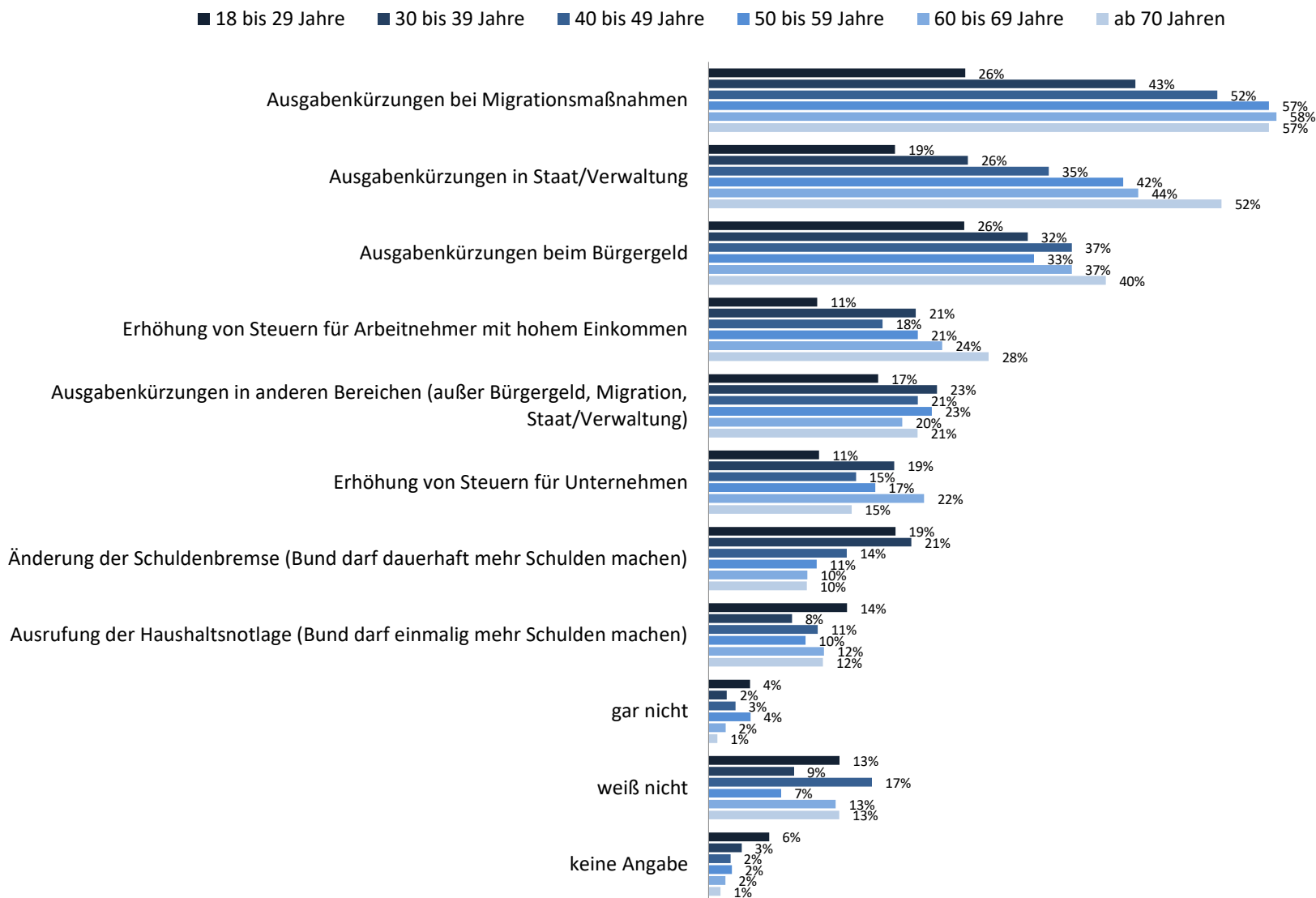


Um eine Finanzierung des Haushaltes ohne Schattenhaushalte zu ermöglichen, wünschen sich die Befragten am häufigsten Ausgabenkürzungen im Bereich Migration (50 %). Deutlich dahinter auf Platz zwei folgen Ausgabenkürzungen im Bereich Staat/Verwaltung (37 %) sowie beim Bürgergeld (35 %). Jeweils etwas mehr als ein Fünftel (je 21 %) nennen höhere Steuern für Arbeitnehmer mit hohem Einkommen sowie Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen (außer Bürgergeld, Migration, Staat/Verwaltung). Dahinter folgt eine Erhöhung von Unternehmenssteuern (16 %), eine dauerhafte Änderung der Schuldenbremse (14 %) sowie die Ausrufung der Haushaltsnotlage (11 %). Drei Prozent wünschen sich, dass die Bundesregierung den Haushalt gar nicht finanziert, ohne auf Schattenhaushalte zurückzugreifen. Zwölf Prozent wissen nicht, wie dies am besten geschehen sollte, und weitere drei Prozent wollen dazu keine Auskunft erteilen.



Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds stehen sogenannte Schattenhaushalte vermehrt in der Kritik. Bei Schattenhaushalten oder Sondervermögen werden Mittel aus dem Bundeshaushalt in andere Nebenhaushalte verschoben, um Maßnahmen über mehrere Jahre zu finanzieren, ohne dass diese in der für die Schuldenbremse relevanten Neuverschuldung auftauchen.

**Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach den Haushalt finanzieren ohne auf solche Schattenhaushalte zurückzugreifen?**



Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds stehen sogenannte Schattenhaushalte vermehrt in der Kritik. Bei Schattenhaushalten oder Sondervermögen werden Mittel aus dem Bundeshaushalt in andere Nebenhaushalte verschoben, um Maßnahmen über mehrere Jahre zu finanzieren, ohne dass diese in der für die Schuldenbremse relevanten Neuverschuldung auftauchen.

**Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach den Haushalt finanzieren ohne auf solche Schattenhaushalte zurückzugreifen?**

---

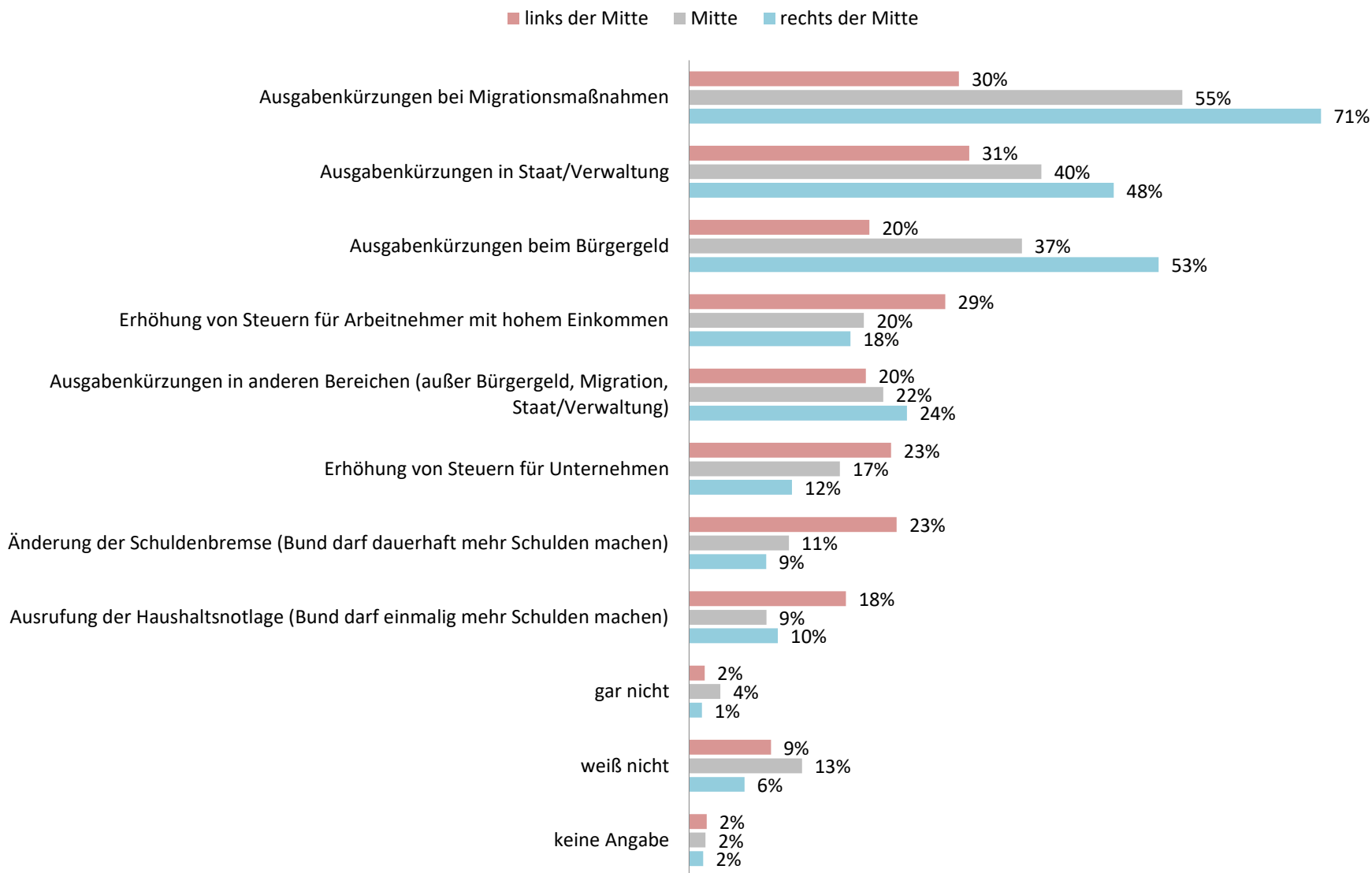
Bei der Betrachtung der Finanzierungsmöglichkeiten des Bundeshaushalts ohne Schattenhaushalte nach Altersgruppen zeigt sich, dass sich ältere Menschen jeweils tendenziell häufiger Ausgabenkürzungen wünschen: So wünschen sich diese jeweils häufiger welche bei den Migrationsmaßnahmen (von 26 auf 58 bzw. 57 %), bei Staat und Verwaltung (von 19 auf 52 %) sowie beim Bürgergeld (von 26 auf 40 %).

Aber auch höhere Steuern für Arbeitnehmer mit einem hohen Einkommen wünschen sich ältere Umfrageteilnehmer tendenziell häufiger (von 11 auf 28 %).

Bei jüngeren hingegen ist der Wunsch nach einer dauerhaften Änderung der Schuldenbremse tendenziell häufiger vorhanden (von 19 bzw. 21 auf 10 %).

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds stehen sogenannte Schattenhaushalte vermehrt in der Kritik. Bei Schattenhaushalten oder Sondervermögen werden Mittel aus dem Bundeshaushalt in andere Nebenhaushalte verschoben, um Maßnahmen über mehrere Jahre zu finanzieren, ohne dass diese in der für die Schuldenbremse relevanten Neuverschuldung auftauchen.

**Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach den Haushalt finanzieren ohne auf solche Schattenhaushalte zurückzugreifen?**



Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds stehen sogenannte Schattenhaushalte vermehrt in der Kritik. Bei Schattenhaushalten oder Sondervermögen werden Mittel aus dem Bundeshaushalt in andere Nebenhaushalte verschoben, um Maßnahmen über mehrere Jahre zu finanzieren, ohne dass diese in der für die Schuldenbremse relevanten Neuverschuldung auftauchen.

**Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach den Haushalt finanzieren ohne auf solche Schattenhaushalte zurückzugreifen?**

---

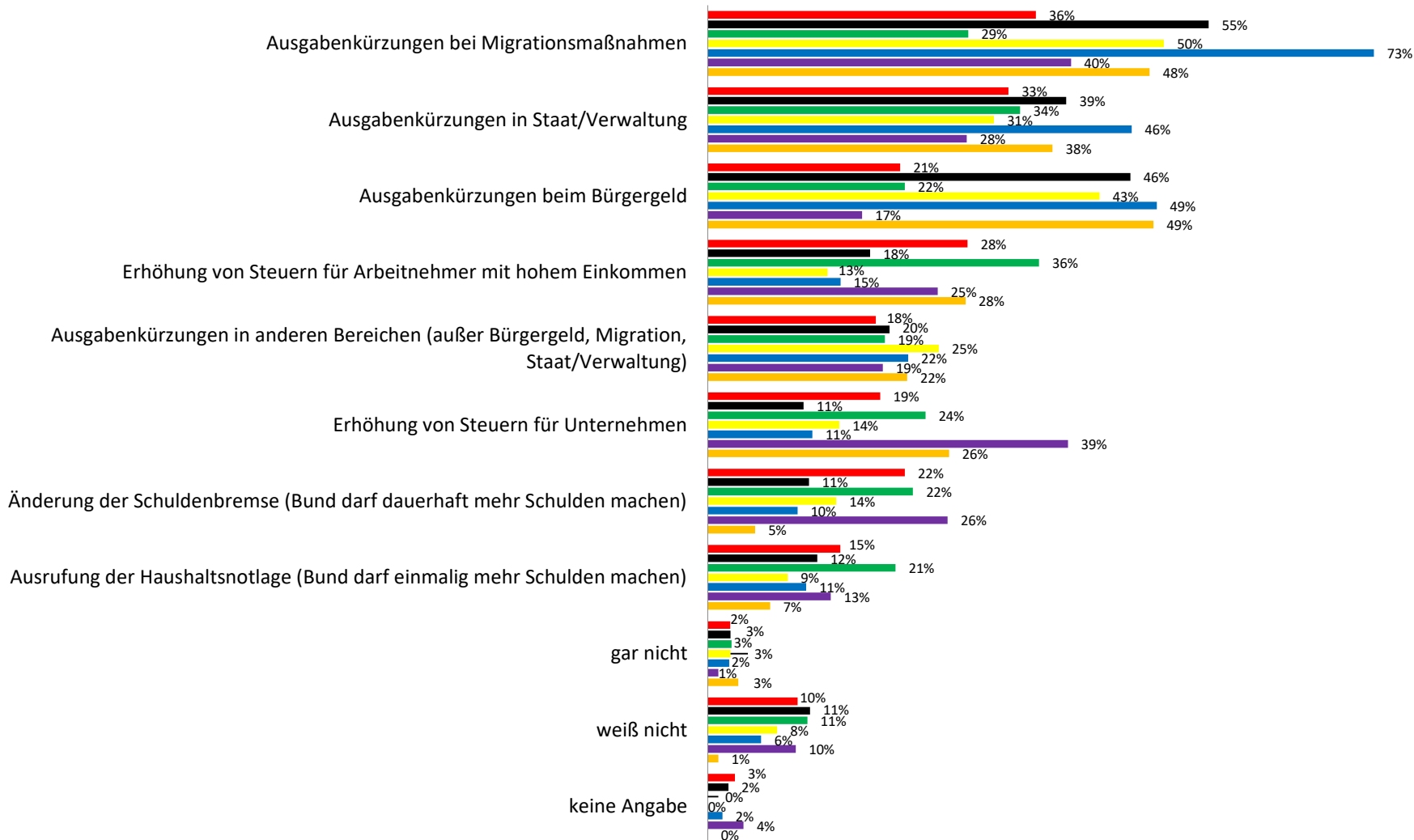
Mit zunehmender Rechtsorientierung der Umfrageteilnehmer steigt tendenziell der Anteil derer, welche sich Ausgabenkürzungen wünschen: Bei den Migrationsmaßnahmen steigt dieser Anteil von 30 auf 71 Prozent, bei solchen im Bereich Staat und Verwaltung von 31 auf 48 Prozent und beim Bürgergeld von 20 auf 53 Prozent.

Linksorientierte Befragte wünschen sich dagegen jeweils (deutlich) häufiger, dass die Bundesregierung den Haushalt durch eine dauerhafte Änderung der Schuldenbremse (23 zu 11 bzw. 9 %), einer Ausrufung der Haushaltsnotlage (18 zu 9 bzw. 10 %) und bzw. oder durch eine Erhöhung von Steuern für Arbeitnehmer mit einem hohen Einkommen (29 zu 20 bzw. 18 %) finanziert.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds stehen sogenannte Schattenhaushalte vermehrt in der Kritik. Bei Schattenhaushalten oder Sondervermögen werden Mittel aus dem Bundeshaushalt in andere Nebenhaushalte verschoben, um Maßnahmen über mehrere Jahre zu finanzieren, ohne dass diese in der für die Schuldenbremse relevanten Neuverschuldung auftauchen.

**Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach den Haushalt finanzieren ohne auf solche Schattenhaushalte zurückzugreifen?**

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke ■ Freie Wähler



Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds stehen sogenannte Schattenhaushalte vermehrt in der Kritik. Bei Schattenhaushalten oder Sondervermögen werden Mittel aus dem Bundeshaushalt in andere Nebenhaushalte verschoben, um Maßnahmen über mehrere Jahre zu finanzieren, ohne dass diese in der für die Schuldenbremse relevanten Neuverschuldung auftauchen.

**Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach den Haushalt finanzieren ohne auf solche Schattenhaushalte zurückzugreifen?**

---

Differenziert nach Wählergruppen zeigt sich, dass AfD-Wähler (73 %) deutlich am häufigsten eine Finanzierung des Bundeshaushalts durch eine Reduzierung der Ausgaben bei Migrationsmaßnahmen vorschlagen, aber auch in etwa bzw. etwas mehr als die Hälfte der Union- (55 %), FDP- (50 %) und FW-Wähler (48 %) würden dies begrüßen (Rest: 29 – 40 %). Auch bei SPD-Wählern ist dies die am häufigsten genannte Maßnahme (36 %), wohingegen sowohl bei Linkspartei-Wählern (40 %, Kürzung von Migrationsausgaben, 39 % Erhöhung Unternehmenssteuern) als auch bei Grünen-Wählern (36 % Steuererhöhungen, 34 % Ausgabenkürzungen in Staat/Politik) jeweils kein klarer Favorit ermittelt werden kann.

Weiter ist auffällig, dass AfD-Wähler auch Ausgabenkürzungen in Staat bzw. Verwaltung (46 zu 28 – 39 %) und jene der Linkspartei Steuererhöhungen für Unternehmen (39 zu 11 – 26 %) sowie eine dauerhafte Änderung der Schuldenbremse (26 zu 5 – 22 %) jeweils (deutlich) am häufigsten und jene der Grünen Steuererhöhungen für Arbeitnehmer (36 zu 13 – 28 %) am häufigsten fordern. Der Wunsch nach Ausgabenkürzungen beim Bürgergeld hingegen ist bei Wählern der Linkspartei (17 %), SPD (21 %) und Grünen (22 %) jeweils deutlich geringer ausgeprägt als bei den restlichen Wählergruppen (43 – 49 %).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

**INSA-CONSULERE GmbH**

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.